

Ethische Aspekte der Digitalisierung

Dr. Thilo Weichert
Netzwerk Datenschutzexpertise

Statistisches Bundesamt und Deutsche Statistische Gesellschaft

27. Wissenschaftliches Kolloquium: Mehr Zahlen, bessere Entscheidungen?

Neue digitale Daten u. Methoden in der empirischen Analyse und Beratung

Freitag, den 23.11.2018, Wiesbaden

Inhalt

- Ethische Grundanliegen
- Rahmenbedingungen
- Chancen und Risiken
- Datenschutz (Europäische Datenschutz-Grundverordnung - DSGVO)
- Weitere normative Ansätze
- Forschung
- Statistik

Ethische/grundrechtliche Anliegen bei der Digitalisierung

- Informationelle Selbstbestimmung/Datenschutz (8 GRCh)
- Schutz vor Diskriminierung (3 GG, 20 ff. GRCh)
- Meinungsfreiheit/Informationsfreiheit (5 i, II GG, 11, 42 GRCh)
- Erkenntnis und Wahrheitssuche (5 III GG, 13 GRCh)
- Schutz v. Leben, Gesundheit und Umwelt (2 II GG, 2, 3, 35, 36 GRCh)
- Verbraucher- und Arbeitnehmerschutz (38, 27 ff. GRCh)
- Demokratie/Pluralität/Transparenz (20 I GG)
- Soziale Sicherheit (20 I GG, 34 GRCh)
- Rechtsschutz (19 IV GG, 47 GRCh)

Technisch-ökonomisch-politische Rahmenbedingungen

- Allgegenwärtige Sensorik und Big Data
- Künstliche Intelligenz ohne normative Vorgaben, Transparenz und Verantwortlichkeit
- Verknüpfung der Informations- mit der Biotechnik/Genetik
- Monopolisierung der Datenverarbeitung (Google, Facebook, Amazon, Microsoft)
- Fake-News erobern über das Internet die Meinungsbildung
- Politische Digitalisierungseuphorie ohne (ethisch begründeten) Gestaltungswillen (+ ohne Auseinandersetzung mit totalitären Alternativen)
- > Zunehmende Komplexität politischer Entscheidungen
- > Wissenschaftlicher Klärungsbedarf
- > Erkenntnisbedarf von Statistik und Forschung

Chancen der Digitalisierung (Auszug)

- Neue (wissenschaftliche) Erkenntnisse zur Bewältigung der globalen Herausforderungen (Klimawandel, Umweltverschmutzung, Hunger)
- Verbesserung des Informations- und Bildungsangebots für alle und zur Erhöhung der Transparenz in Politik, Verwaltung und Wirtschaft
- Qualitative Verbesserung und Beschleunigung von Entscheidungen (insbesondere bei Massenauswertung)
- Rationalisierung von (Produktions-) Prozessen
- Schaffung neuer (High-Tech-)Arbeitsplätze
- Stärkung des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandortes

Risiken

- Entpersönlichung und Verlust an sozialem Austausch (Mensch als Objekt)
- Informationelle Komplexität erschwert demokratische Kontrolle
- Verletzlichkeit informationstechnischer Systeme
- Digitale Entscheidungen/Eingriffe werden nicht mehr nachvollziehbar und sind nicht mehr individuell verantwortet
- Zielgenaue Manipulation (Fake-News)
- Diskriminierung von Minderheiten wegen digitaler Merkmale

Rechtsordnung seit 25.05.2018 (v. a. Datenschutz)

- Europäische Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO, VO (EU) 2016/679 v. 27.04.2016, ABl. Nr. L 119, 1)
- Bundesdatenschutzgesetz (BDSG v. 30.06.2017, BGBl. I, 2097)
- Landesdatenschutzgesetze (gelten für öffentliche Stellen der Länder, u. a. Universitäten, Landesstatistikämter)
- Spezialgesetze (teilweise noch nicht an DSGVO angepasst)

Sonstiger Rechtsrahmen: IT-Sicherheitsrecht, (Verwaltungs-)
Verfahrensrecht, Haftungsrecht, (Arbeitnehmer-/Verbraucher-)
Vertragsrecht

Ziele der DSGVO

- Einheitliche verbindliche Regelungen
- Marktortprinzip
- One-Stop-Shop (eine zuständige Aufsicht)
- **Transparenz für Betroffene**
- **Privacy by Design/Privacy by Default**
- **Risikofolgenabschätzung**
- Verbindlicher und rechtssicherer Drittland-Datentransfer
- Verbesserungen bei **Aufsicht, Beschwerden und Rechtsschutz**
- Wirksame Sanktionen

Ausgewählte Grundprinzipien der DSGVO

- Ziel: Nicht nur Datenschutz (informationelle Selbstbestimmung), sondern generell „Grundrechte und Grundfreiheiten“ bei Datenverarbeitung
- Zweckbindung (Art. 5 Abs. 1 lit. b 1. HS)
- Transparenz (Art. 5 Abs. 1 lit. a, 12 ff.)
- Abwägung zwischen Verarbeitungs- und Schutzinteressen (vgl. Art. 6 Abs. 1 lit. f)
- Privilegierung von Statistik und Forschung (Art. 5 Abs. 1 lit. b 2. HS, 89)

Angemessene/geeignete Garantien/Maßnahmen zur Wahrung der Grundrechte u. Betr.interessen

- Materielle Regelungen (Ge- u. Verbote, Zweckbindung)
- Prozedurale Maßnahmen (Anhörung, Genehmigung, Veto, Einsatz von Fachpersonal)
- Technisch-organisatorische Vorkehrungen (Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit, Transparenz, Intervenierbarkeit, Nichtverkettbarkeit, Datenminimierung)
- Transparenzpflichten (Art. 12 ff. DSGVO: präzise, verständlich, klar, einfach, auch bzgl. involvierter Logik, Art. 15 Abs. 1 lit. h DSGVO)

(Politisch-) Normative Antworten

Liegt vor:

- Europäische Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)
- Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme (= digitale Privatsphäre, BVerfG 2008)

In Arbeit:

- Digitales Kartell-/Wettbewerbsrecht

Unerledigt:

- ePrivacy-Verordnung (Grundrechtsschutz in der elektronischen Kommunikation)
- Regulierung von Spezialanwendungen (u. a. Beschäftigte, Forschung, Statistik)
- Besteuerung digitaler Vermarktungsprozesse
- Einhegung künstliche Intelligenz (bisher nur Art. 22 DSGVO)
- Gestaltung der Gentechnik (Analytics + Editing)

Hindernisse normativer Festlegungen

- Ökonomische Lobby verhindert Transparenz (Verweis auf Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse), Kontrolle und Sanktion (extensives Ausschöpfen rechtlicher Möglichkeiten)
- Ungewissheit über Entwicklungen
- Mangelnde Langfristorientierung demokratischer Prozesse (anders z. B. China)
- Globale Abhängigkeiten (völlig andere ethisch-normative Vorgaben in den USA, Russland, China ...)

Funktionen von Forschung und Statistik

- „Die hochindustrialisierte Gesellschaften kennzeichnende ständige Zunahme an Komplexität (lässt sich) nur mit Hilfe einer zuverlässigen Statistik aufschlüsseln und für gezielte Maßnahmen aufbereiten“ (BVerfG, NJW 1983, 423).
- Erhebung und Aufbereitung von Daten zur aggregierten Bereitstellung für verschiedene Zwecke (Wissenschaft, Politik, Wirtschaft, Öffentlichkeit)
- Offener pluraler demokratischer Diskurs über überprüfbare und nachvollziehbare Fakten

Wissenschaftliche Forschung

Rahmenbedingungen

- Globalität, Interdisziplinarität
- Beschränkter Datenzugang
- Eingeschränkte Transparenz (Handelnde, Prozesse und Ergebnisse)
- Trotz Privilegierung und Harmonisierung (DSGVO) Regelungschaos

Änderungsbedarf

- Einheitliche Regulierung (Bund-Länder-Staatsvertrag)
- Schaffung eines Forschungsgeheimnisses
- Verbesserung des Datenzugangs (z. B. Problem Berufsgeheimnisse)
- Etablierung einer (sicheren, unabhängigen, vertraulichen) Forschungsinfrastruktur (Prozesse, Register, Transparenzinstrumente)

Statistik

Aktueller rechtlicher Rahmen

- Beschränkter Zugang zu Datenquellen
- Unflexibler Vertraulichkeitsschutz (starre Regeln zur Aggregation, Trennung, Erhebungs-/Hilfsmerkmale)

Änderungsbedarf

- Flexiblere Regelungen zum Datenzugang
- Einbindung von Vertretern der Datenquellen und der Datennutzer in flexible Regelungsinstrumente
- Flexiblere Regelungen zum Vertraulichkeitsschutz (K-Anonymität, mehrstufige Pseudonymisierung)
- Erhöhte Unabhängigkeit der statistischen Infrastruktur

Handlungsbedarf

- Weiterentwicklung (Konkretisierung) der DSGVO (z. B. Statistik, Forschung, Arbeitsleben)
- Abschluss der ePrivacy-Gesetzgebung in der EU
- Digitale Transparenzinitiative
- Weiterentwicklung eines digitalen Kartellrechts
- Einführung einer Digitalsteuer in der EU
- Normative Einhegung der künstlichen Intelligenz
- Engerer Austausch/Kooperation zwischen staatlichen Aufsichtsinstanzen (Datenschutz, BNetzA, BSI, BAFin)
- Ausbau der Datenschutz-Aufsicht hin zu einer (unabhängigen) Digitalaufsicht (erst national, dann EU) inhaltlich + personell

Ethische Aspekte der Digitalisierung

Thilo Weichert

Waisenhofstr. 41, 24103 Kiel

0431 9719742

weichert@netzwerk-datenschutzexpertise.de

www.netzwerk-datenschutzexpertise.de